

rechtes Hochschulstudium, mit dem Unterschied, daß er größere Anstrengungen erfordert als das Studium in Klein-Machnow. Das Programm des Einjahrganges der Hochschule muß in zwei Jahren durchgearbeitet werden, ohne daß der Teilnehmer von seiner Arbeit befreit wird. Für die Teilnehmer finden regelmäßig Lektionen, Konsultationen und Zwischenprüfungen statt. Dabei werden dieselben Anforderungen gestellt wie an der stationären Hochschule. Darum verlangt der Beschluß, daß die Teilnehmer am Fernunterricht an einem Tag in der Woche von jeder Arbeit entbunden werden, damit sie studieren können. Ohne die strikte Einhaltung dieses Beschlusses wird kaum ein Genosse in der Lage sein, am Fernunterricht teilzunehmen.

Zur Auswahl der Schüler

Noch ein kurzes Wort zur Auswahl der Schüler. Da alle Internatschulen ab 1. November Kaderschulen sind, muß der Auswahl der Schüler natürlich viel größere Aufmerksamkeit gewidmet werden als bislang. Die Kaderabteilungen müssen ständig darüber wachen, daß die Parteischulen die richtige soziale und altersmäßige Zusammensetzung haben. Der Anteil der Frauen und Mädchen muß entscheidend erhöht werden. Das Wichtigste aber ist, daß in erster Linie jugendliche Parteimitglieder, Funktionäre der FDJ, auf die Schulen geschickt werden. Ferner ist zu beachten, daß die Bewertung des bisherigen Besuchs von Parteischulen sich mit dem Beschluß des Parteivorstandes ändert, da die Schulen durchweg einen anderen Charakter bekommen. So kann es durchaus zweckmäßig sein, daß ein Genosse, der einmal eine vierzehntägige Kreispartei-schule besucht hat, jetzt noch einmal für acht Wochen auf die Kreispartei-schule geschickt wird. Ebenso kann ein Genosse, der früher die Landespartei-schule absolviert hat, nochmal zu dem Einjahrgang auf die Landespartei-schule geschickt werden.

Mit diesen Ausführungen sind die Probleme und Aufgaben, die sich aus dem Beschluß des Parteivorstandes für unsere Parteipropaganda ergeben, keineswegs erschöpft. Sie werden in der Parteipresse und in „Neuer Weg“ noch wiederholt behandelt werden müssen. Die Hauptsache besteht jetzt darin, der ganzen Partei die große Bedeutung der Parteipropaganda klarzumachen. Denken wir an die Mahnung des Genossen Stalin:

„Man kann die Regulierung der Zusammensetzung der Partei und das nähere Heranbringen der leitenden Organe an die Arbeit der unteren Organisationen befriedigend bewerkstelligen; man kann die Beförderung, die Auslese, die Verteilung der Kader befriedigend organisieren; wenn aber bei alledem unsere Parteipropaganda aus irgendwelchen Gründen zu hinken beginnt, wenn die marxistisch-leninistische Erziehung unserer Kader zu verkümmern beginnt, wenn unsere Arbeit zur Hebung des politischen und theoretischen Niveaus dieser Kader nachläßt und die Kader selber im Zusammenhang damit aufhören, sich für die Perspektive unseres Vormarsches zu interessieren, wenn sie aufhören zu begreifen, daß unsere Sache die einzig gerechte Sache ist, und sich in engstirnige Praktiker ohne Perspektive verwandeln, die die Weisungen von oben blind und mechanisch befolgen, dann muß unsere gesamte Staats- und Parteiarbeit unbedingt verkümmern.“*

Beherrigen wir diese Worte, sorgen wir dafür, daß unsere Parteipropaganda nicht hinkt, sondern auf beiden Beinen vorwärts marschiert, schaffen wir die Atmosphäre des Lernens in der Partei, dann wird auch alle andere Arbeit rascher vorwärtsgen!

* J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, Moskau 1947, S. 718.

(Aufn. Hensky, Nitsche)

auß *im* im kleinsten jborf

wurde dar Parteitag vorbereitet

Auszug aus der Diskussionsrede der Genossin Edith Fiebig auf der Landesdelegiertenkonferenz Brandenburg in Potsdam

Als die Entschließung und das Statut in der Presse veröffentlicht wurden, faßten wir, die Genossen einer kleinen Gemeinde im Kreis Calau, den Entschluß, diese Dokumente nicht nur gut durchzuarbeiten, sondern auch in einer öffentlichen Versammlung zu diskutieren. Wir erstellten uns einen Plan und gingen danach vor. In der ersten Vorstandssitzung wurden die Entschließung Punkt für Punkt verlesen und für jeden Punkt Beschlüsse gefaßt, wie wir unsere Arbeit in Zukunft zu leisten haben. Wir haben den Entwurf genauestens durchgearbeitet und danach unseren Rechenschaftsbericht und die Entschließung vorbereitet. Das Thema der öffentlichen Versammlung hieß: „Die Bedeutung des III. Parteitages der SED.“

Die Genossen Agitatoren stellten dabei fest, daß über die Frage der Oder/Neiße als Friedensgrenze, ganz besonders bei den Umsiedlern, Klarheit herrscht. Sie haben erkannt, daß sie als Friedensgrenze die Gewähr für eine friedliche Zusammenarbeit zwischen dem volksdemokratischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik gibt. Wieso waren sie sich darüber klar? Weil wir seit 1946 jede Gelegenheit wahrgenommen haben, um in dieser Frage Klarheit zu schaffen. Ob das eine Gemeindevertretersitzung war, eine Sitzung der Wohnungskommission oder eine Elternversammlung, immer wieder haben wir aufgeklärt und aufgezeigt, warum die Oder-Neiße-Grenze eine Friedensgrenze ist und warum sie hier bei uns ihre neue Heimat aufbauen müssen. Die Aufklärung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland hat dazu beigetragen, die Bevölkerung im Sinne des Kampfes um den Frieden zu beeinflussen. Um die öffentliche Versammlung zu einem vollen Erfolg werden zu lassen, haben wir es nicht bei der Einladung belassen und am Tage ein Schild aushängen lassen, nein, wir haben schriftlich jeden Menschen eingeladen, der irgendwie eine kleine Funktion im Dorf innehat. Wir haben einen kleinen Brief geschrieben und haben sie angesprochen in ihrer Eigenschaft. Auch alle diejenigen, die irgendwie im Dorfwirtschaftsplan verantwortlich sind, in den Kommissionen für Schädlingsbekämpfung, alle diese Menschen haben eine persönliche Einladung bekommen, und wir konnten feststellen, daß alle erschienen sind. Unser Saal war voll.

